KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Hannes Damm, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umsetzung des Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

§ 2 Absatz 2 Satz 1 des Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes (KiJuBG M-V) normiert die verbindliche Aufforderung an Landkreise und Gemeinden zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren.

Kinder- und Jugendbeteiligung auf Ebene der Landkreise und Gemeinden dient im Grundsatz der Informationsgewinnung für die kommunalen Organe und Verwaltungen, damit diese die zielgruppenspezifischen Belange bei ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen können. Beteiligungsprozesse sind in der Regel beratend, vorbereitend und konsultativ ausgestaltet und ersetzen nicht die abschließenden Entscheidungen durch die Gemeinde. Dies verdeutlicht, dass eine Abwägung des Interesses von Kindern und Jugendlichen auf umfassende Beteiligung mit der Planungshoheit der Landkreise und Gemeinden stattfinden muss. Das Abwägungsergebnis ist stets abhängig vom jeweiligen Einzelfall, insbesondere den regionalen Gegebenheiten, den Themen und Inhalten, über die eine Entscheidung herbeigeführt werden soll, der individuellen oder allgemeinen Bedeutung des Sachverhaltes für kindliche und jugendliche Belange sowie den individuellen Fähigkeiten der Zielgruppe.

Die Pflicht der Kommunen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ergibt sich infolge der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland bereits im Jahr 1992 aus Artikel 12 Absatz 1 der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) – als unmittelbar geltendes Bundesrecht.

Das Ob und das Wie der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – einschließlich der Einrichtung von Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien gemäß § 3 KiJuBG M-V sowie deren Einbindung in die Tätigkeit der gemeindlichen Organe – ist jedoch stets eine Angelegenheit der kommunalen Selbstorganisationshoheit im Sinne von Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit Artikel 72 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Ergänzend wird auf die Gesetzesbegründung zum KiJuBG M-V (vgl. Drucksache 8/2714 des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) verwiesen.

Mit Verweis auf Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und § 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 26. Oktober 2021 (GO LT) sowie mit Blick auf die Anzahl der durch das Gesetz adressierten Kommunen und die o. g. Rahmenbedingungen von kommunalen Beteiligungsprozessen kann die Landesregierung daher keine vertieften Angaben zu den Umständen der Kinder- und Jugendbeteiligung in den genannten Gebietskörperschaften, die thematische Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die kommunale Entscheidungsfindung sowie die Ausgestaltung konkreter Beteiligungsverfahren machen.

1. Wie bewertet die Landesregierung das KiJuBG M-V ein Jahr nach seinem Inkrafttreten?
 - a) Wie bewertet die Landesregierung das KiJuBG M-V hinsichtlich seiner Umsetzung durch die Kommunen sowie durch das Land?
 - b) Wie bewertet die Landesregierung das KiJuBG M-V hinsichtlich der Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen gemäß Artikel 12 UN-KRK?
 - c) Wie bewertet die Landesregierung inzwischen die „Soll- und Kannbestimmungen“ im KiJuBG M-V sowie Relativierungen nach der „jeweiligen Leistungsfähigkeit“ gemäß § 2 Absatz 2 oder „nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ gemäß § 4 Absatz 2 gegenüber einklagbaren „Mussregelungen“ ohne vorherige Einschränkung?

Zu 1 und a)

Das KiJuBG M-V ist am 2. April 2024 in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes war und ist es, spürbare Impulse für eine nachhaltige Beteiligungskultur im Land zu geben sowie die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen auszugestalten. Nach nunmehr fast einem Jahr ist mit Blick auf diese Zielsetzungen festzustellen, dass das Gesetz den Weg geebnet hat, Kinder- und Jugendbeteiligung als gesellschaftlich relevantes Thema in Politik, Verwaltung sowie der Trägerlandschaft nachhaltig zu etablieren.

Dies spiegelt sich insbesondere in den nachfolgenden Indikatoren wider.

Das Fortbildungsinstitut „Schabernack e. V.“ als Träger des aus Bundesmitteln geförderten Projektes „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ verzeichnet eine deutlich gestiegene Anzahl von Anfragen

- zu Fortbildungen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf die pädagogische Begleitung und Initiierung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen in Einrichtungen sowie in der offenen Jugendarbeit in den Kommunen,
- zu Veranstaltungen, Beratungen und Fortbildungen für (kommunale) Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik und Verwaltung, insbesondere (ehrenamtliche) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und leitende Mitarbeitende in den Kommunalverwaltungen zur Umsetzung der gesetzlichen Erfordernisse sowie
- zur Begleitung von bestehenden Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien auf kommunaler Ebene sowie von entsprechenden Gründungsprozessen.

Im Ergebnis befinden sich zurzeit eine Vielzahl neuer Gremien in Gründung. Aufgrund der im Gesetz festgeschriebenen Rechte der Gremien (Anhörungs-, Rede- und Antragsrecht in den Gemeindevertretungen und deren Ausschüssen) werden diese darüber hinaus verstärkt in das politische Wirken der Kommunen eingebunden oder die Kommunen ersuchen um Beratung zu einer gelingenden Einbindung der Gremien.

Die regionalen Beteiligungsmoderatorinnen und -moderatoren des landesseitig geförderten Projektes „Beteiligungsnetzwerk M-V“ begleiten vermehrt Beteiligungsprozesse auf kommunaler Ebene. Dabei ist festzustellen, dass einerseits das Bewusstsein von Kindern und Jugendlichen für die Wahrnehmung ihrer eigenen Rechte durch das Gesetz gestärkt und andererseits die Bedeutung der Teilhabe und Mitwirkung junger Menschen an gesellschaftlichen und politischen Prozessen grundlegend in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt wurde.

Im zurückliegenden Jahr war eine Vielzahl von Fachveranstaltungen zur Thematik Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene zu verzeichnen. Initiatoren waren dabei überwiegend die kommunalen Gebietskörperschaften – als originäre Adressaten des Gesetzes – selbst. Das Interesse von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Politik und Verwaltung, wie Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene gelingen kann, ist dabei als wesentlicher Fortschritt anzusehen.

Kinder- und Jugendbeteiligung wird von verschiedensten Akteuren auf kommunaler und Landesebene, insbesondere im Kontext der formalen und non-formalen politischen Bildung, verstärkt als Querschnittsthema und als wichtiger Grundpfeiler der Demokratieförderung erkannt.

Zu b)

Wesentliches rechtliches Fundament des KiJuBG M-V ist Artikel 12 Absatz 1 UN-KRK. Die Vorschrift enthält ein allgemeines Recht von Kindern und Jugendlichen auf Mitwirkung an Entscheidungen, die sie selbst betreffen.

Verpflichtet sind alle staatlichen Instanzen, deren Entscheidungen Kinder und Jugendliche bzw. deren Belange betreffen, insbesondere die Legislative und Exekutive. Die Norm enthält dabei – wie die Konvention generell – die objektive Verpflichtung, gesetzliche oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um die Rahmenbedingungen für die Sicherstellung der Rechte von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Dieser Verpflichtung ist der Landesgesetzgeber mit dem KiJuBG M-V nachgekommen, da mit der landesrechtlichen Konkretisierung der Erfordernisse der UN-KRK erstmalig konkrete gesetzliche Erfordernisse für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern definiert wurden.

Zu c)

Die Formulierung „sollen“ – insbesondere in Bezug auf die wesentlichen gesetzlichen Erfordernisse der §§ 2 Absatz 2 Satz 1, 3 Absatz 1 Satz 1 sowie 4 Absatz 1 Satz 1 KiJuBG M-V – wurde bewusst gewählt und verdeutlicht die grundsätzliche Verpflichtung der genannten Gebietskörperschaften zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Durch den Wortlaut wird den Normadressaten lediglich ein eingeschränkter Ermessensspielraum eingeräumt. Nur in spezifischen und begründbaren Ausnahmefällen und auf Grundlage vertiefter Zweckmäßigkeitserwägungen kann auf das Erfordernis verzichtet werden, soweit die Entscheidung über den Verzicht in Abwägung der kollidierenden Interessen verhältnismäßig ist (siehe hierzu „Handbuch der Rechtsförmlichkeit“ des Bundesministeriums für Justiz, 4. Auflage 2024, Randnummer 309).

Die einzige „Kann“-Bestimmung im Regelungsgefüge des KiJuBG M-V betrifft die „zielgruppenspezifischen Beauftragten“ in § 2 Absatz 2 Satz 2 KiJuBG M-V. Die Einsetzung solcher Personen in kommunale Verwaltungsstrukturen wird mit Blick auf die generellen Zielsetzungen des Gesetzes unter fachlichen Gesichtspunkten nicht als zwingend betrachtet, sodass die Vorschrift lediglich auf die Möglichkeit einer solchen Ausgestaltung der gesetzlichen Erfordernisse hinweist.

Mit Blick auf die in der Vorbemerkung umfassend dargestellten Belange der kommunalen Selbstorganisationshoheit sowie die damit einhergehende Einbindung von Beteiligungsprozessen in die kommunale Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wird der Grad der Verbindlichkeit der Regelungen nach wie vor als zielführend und zutreffend bewertet.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Formulierungen „jeweiligen Leistungsfähigkeit“ sowie „nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ in den in der Fragestellung genannten Normen zwar im Gesetzentwurf der Landesregierung (vgl. Drucksache 8/2714 des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) abgebildet waren, diese jedoch letztlich nach der Beschlussfassung des Landesgesetzgebers keinen Einzug in den verabschiedeten Normtext gefunden haben.

2. Wie bewertet die Landesregierung die im Rahmen der Verbandsanhörung durch die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ eingereichte Kommentierung des Gesetzentwurfes zum KiJuBG M-V vom 6. September 2023 im Allgemeinen (einschließlich der Dokumentationen aus dem Beteiligungsprozess sowie aus dem wissenschaftlichen Erkenntnisprozess in den Anhängen) und im Besonderen den Abschnitt über die im Entwurf zum KiJuBG M-V noch unberücksichtigten Erkenntnisse der Enquete-Kommission (Seiten 6 bis 9)?

Soweit die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ in ihrer Stellungnahme im Rahmen der Verbandsanhörung (Kommissionsdrucksache 8/66) Bezug auf den Grad der Verbindlichkeit der Regelungsinhalte des KiJuBG M-V, einschränkende Wortlaute wie „jeweiligen Leistungsfähigkeit“ und „nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ sowie die damit einhergehende Vereinbarkeit des Gesetzes mit der UN-KRK nimmt, wird in Gänze auf die Vorbemerkung, die Antworten zu den Fragen 1 b) und 1 c) sowie das Gesetz in der Fassung seiner Veröffentlichung (vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt Mecklenburg-Vorpommern Nummer 7 vom 28. März 2024, Seite 93 ff.) verwiesen.

Mit den weitergehenden Forderungen der Enquete-Kommission nach einer Konkretisierung der gesetzlichen Inhalte der §§ 2 und 3 KiJuBG M-V und einem Mehr an Detailtiefe insbesondere in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung und Intensität von Beteiligungsverfahren, deren Finanzierung durch die Landkreise und Gemeinden sowie die Festlegung spezifischer Standards für Kinder- und Jugendbeteiligung in den betreffenden Kommunen verkennt die Enquete-Kommission zum einen das Ziel des Gesetzes, wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, und zum anderen das Wesen der Kinder- und Jugendbeteiligung. Intensität und Form der Beteiligung sind stets abhängig vom Einzelfall und nicht durch festgelegte Standards verallgemeinerungsfähig. Die konkrete Ausgestaltung der Beteiligungsprozesse obliegt stets der beteiligenden Organisation mit Bezug zum individuellen Gegenstand der Beteiligung und den jeweiligen äußeren Gegebenheiten. Dies gilt umso mehr, wenn der Gegenstand eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung ist. Insoweit wird auf die Vorbemerkung verwiesen. Gesetzliche Vorgaben in der seitens der Kommission geforderten Art kann und darf das KiJuBG M-V mit Blick auf das Wesen der Kinder- und Jugendbeteiligung nicht vornehmen, da dies die individuelle Ausgestaltung der jeweiligen Prozesse einschränken würde.

Soweit im Weiteren durch die Enquete-Kommission festgestellt wird, dass in Bezug auf die „Geschäftsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung“ gemäß § 4 Absatz 2 KiJuBG M-V weitergehende Konkretisierungen in Bezug auf deren Verortung und die anzuwendenden Verfahren erforderlich sind, wird darauf hingewiesen, dass es Ziel der Vorschrift ist, einen gesetzlichen Rahmen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene zu schaffen. Hierbei sollen lediglich wesentliche Anforderungen vorgegeben und ein größtmöglicher Spielraum bei der Rechtsanwendung und der konkreten Ausgestaltung belassen werden, um eine praxisgerechte und flexible Umsetzung zu ermöglichen. Weitergehende Erwägungen können ausschließlich Bestandteil einer Projektkonzeption sein, die einen konkreten Bezug zu relevanten Trägern und Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung im Land aufweist. Die vorgenannten Erwägungen gelten für die Verortung und Ausgestaltung der ombudschäftlichen Beratungsstrukturen gemäß § 6 KiJuBG M-V entsprechend.

Die Verankerung gesetzlicher Regelungen zu einem „Kinder- und Jugendbericht“ im KiJuBG M-V wäre nach Auffassung der Landesregierung verfehlt, da derart gelagerte Berichte ihrem Inhalt nach weit über Erfordernisse der Kinder- und Jugendbeteiligung hinausgehen.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass wesentliche Feststellungen und Forderungen der Enquete-Kommission infolge von Anpassungen des Gesetzentwurfes im parlamentarischen Verfahren gegenstandslos geworden sind.

3. Welche Rechtsverordnungen ergehen infolge des KiJuBG M-V?
 - a) Welche Verordnungen hat die Landesregierung im Rahmen des KiJuBG M-V bisher erlassen und welche Erfahrungen wurden damit bislang gemacht?
 - b) Welche Verordnungen plant die Landesregierung noch bis zum Ende der 8. Legislaturperiode im Rahmen des KiJuBG M-V?
 - c) Weshalb wurden diese seit Inkrafttreten gegebenenfalls noch nicht erlassen?

Die Möglichkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen ist in den §§ 5 Absatz 3 sowie 6 Absatz 4 Satz 1 KiJuBG M-V veranlagt.

Zu a)

Rechtsverordnungen auf der Grundlage der o. g. Verordnungsermächtigungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht erlassen worden.

Zu b)

Aktuell ist seitens der Landesregierung kein Erlass der in Rede stehenden Verordnungen beabsichtigt.

Zu c)

Beiden Verordnungsermächtigungen ist gemein, dass sie der Landesregierung die Möglichkeit einräumen „das Nähere zu Art, Inhalt und Umfang der Förderung durch Rechtsverordnung“ zu regeln. Ziel dabei ist es, die jeweiligen Landesförderungen im Kontext der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie der ombudschäftlichen Beratung entsprechend künftiger Bedarfslagen im Land gestalten und anpassen zu können.

Angesichts der zurzeit etablierten Förderverfahren in den genannten Bereichen wird ein derartiger Ausgestaltungs- und Anpassungsbedarf seitens der Landesregierung aktuell nicht gesehen.

4. Inwiefern berücksichtigen die Kommunen das KiJuBG M-V seit seinem Inkrafttreten?
- a) Wie begleitet das Land dabei Kommunen und Betroffene?
 - b) Welche Landkreise und Gemeinden haben nach der Kommunalwahl ihre Satzungen dahingehend geändert, um Maßgaben des KiJuBG M-V aufzunehmen?
 - c) Welche investiven und laufenden Kosten sind den Landkreisen und Gemeinden durch die Umsetzung des KiJuBG M-V bisher entstanden und welche einschlägigen Kosten sind absehbar?

Es wird auf die Vorbemerkung sowie die Antwort zu den Fragen 1 und a) verwiesen.

Zu a)

Zum Zwecke der Unterstützung der Umsetzung der gesetzlichen Erfordernisse sowie kommunaler Beteiligungsprozesse in den Landkreisen und kreisfreien Städten gemäß § 5 Absatz 1 KiJuBG M-V fördert das Land gemeinsam mit diesen das Projekt „Beteiligungsnetzwerk M-V“ auf Grundlage der „Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe in Mecklenburg-Vorpommern“ (Landesjugendplan Mecklenburg-Vorpommern – LJP M-V). Das Netzwerk besteht aus aktuell sieben regionalen Beteiligungsmoderatorinnen und -moderatoren, die in den Landkreisen und kreisfreien Städten aktiv sind, einer übergeordneten Landeskoordination für die Netzwerkarbeit und dem Bereich digitale Jugendbeteiligung.

Das Projekt

- berät und unterstützt junge Menschen, Fachkräfte sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik und Verwaltung bei der Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen sowie von Projekten zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung,
 - vernetzt regionale und überregionale Fachkräfte und Institutionen,
 - initiiert Fortbildungen und Fachveranstaltungen und
 - betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- zur Schaffung und Entwicklung einer nachhaltigen Partizipationskultur. Es bündelt zudem fachliche Ressourcen, um geeignete Beteiligungsangebote zu entwickeln und nachhaltige Wirkung zu erreichen.

Zu b) und c)

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

5. Wie verfolgt und wie unterstützt die Landesregierung die Umsetzung des KiJuBG M-V durch die Landkreise und Gemeinden?
 - a) Wie werden Kinder und Jugendliche in den Landkreisen und Gemeinden über ihre Möglichkeiten im Rahmen des KiJuBG M-V informiert?
 - b) Wie setzt das Land die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an seinen Planungen gemäß § 4 KiJuBG M-V um?
 - c) Inwiefern hat sich in den jeweiligen Ressorts der Landesregierung seit Inkrafttreten des KiJuBG M-V etwas an der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen des Landes geändert?

Es wird auf die Vorbemerkung sowie die Antwort zu Frage 4 a) verwiesen.

Zu a)

Die Information von Kindern und Jugendlichen erfolgt in der Regel im Wege der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit, durch kommunale Angebote der Jugend- und Jugendverbandsarbeit sowie durch die regionalen Beteiligungsmoderatorinnen und -moderatoren des „Beteiligungsnetzwerkes M-V“. Insoweit wird auf die Vorbemerkung sowie die Antwort zu Frage 4 a) verwiesen.

Zu b)

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen und Vorhaben auf Landesebene unterscheidet sich zentral von der auf kommunaler Ebene. Auf Landesebene steht in der Regel die Beratung (und mitunter Begleitung) der Entscheidungsträgerinnen und -träger, also Formen konsultativer Kinder- und Jugendbeteiligung im Vordergrund, insbesondere durch Beteiligung der Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche, wie dem Landesjugendhilfeausschuss, dem Landesschülerrat sowie dem Landesjugendring (siehe hierzu „Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Deutschen Bundesjugendringes, Seiten 108 und 109). Den Interessenvertretungen steht es dabei offen, Kinder und Jugendliche unmittelbar in den Prozess einzubinden.

In diesem Zusammenhang sind grundlegende Erfordernisse des § 4 KiJuBG M-V bereits in der Gemeinsamen Geschäftsordnung II – Richtlinien zum Erlass von Rechtsvorschriften und weiteren Regelungen durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (GGO II) veranlagt. Soweit eine Gesetzesfolgenabschätzung gemäß § 7 Absatz 1, 2 Nummer 5 GGO II ergibt, dass Kinder und Jugendliche durch ein Gesetzesvorhaben betroffen sind, wird der Ressortentwurf an Fachkreise, Verbände, Kammern und sonstige Organisationen gemäß § 4 Absatz 6 Satz 2 GGO II zur Stellungnahme übersandt (Verbandsanhörung). Auch eine vorherige Einbindung dieser Interessenvertretungen in die Vorbereitung von Entwürfen von Rechtsvorschriften ist gemäß § 4 Absatz 2 Satz 4 GGO II möglich, soweit sie von dem Rechtsetzungsvorhaben direkt betroffene Normadressaten vertreten (frühzeitige Verbandskonsultation).

Durch die Ressorts erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit den durch die Interessenvertretungen vorgebrachten Einlassungen zu den Inhalten des Vorhabens sowie eine Abwägung, inwieweit diese mit den Zielen des Vorhabens vereinbar sind und berücksichtigt werden können.

Zu c)

Seit Inkrafttreten des KiJuBG M-V am 2. April 2024 ist festzustellen, dass das Gesetz den Weg geebnet hat, Kinder- und Jugendbeteiligung als gesellschaftlich relevantes Querschnittsthema insbesondere im Kontext der formalen und non-formalen (politischen) Bildung zu etablieren. Dies manifestiert sich verstärkt in ressortübergreifenden Kooperationen und Planungen im Kontext Kinder- und Jugendbeteiligung sowie einer erhöhten Sensibilität für die Belange von Kindern und Jugendlichen und deren Berücksichtigung insbesondere in gesetzlichen Vorhaben.

6. An welchen konkreten Planungen hat das Land Kinder und Jugendliche an seinen Planungen seit Inkrafttreten des KiJuBG M-V beteiligt?
 - a) In welcher Weise und mit welchen Ergebnissen haben sich Kinder und/oder Jugendliche gegebenenfalls daran beteiligt?
 - b) Welchen Stand und welche Perspektiven hat die in § 4 Absatz 2 und 3 KiJuBG M-V geförderte Errichtung sowie der Betrieb einer Geschäftsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung?

Zu 6 und a)

Unabhängig von dem Inkrafttreten des KiJuBG M-V erfolgt eine konsultative Kinder- und Jugendbeteiligung durch die Landesregierung stets über die formale Einbindung der relevanten Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche in den Planungs- und Vorhabenprozess im Wege der Verbandsanhörung oder der frühzeitigen Verbandskonsultation. Diesbezügliche Ergebnisse sind nicht verallgemeinerungsfähig und abhängig von dem jeweiligen Gegenstand der Beteiligung, den diesbezüglichen Einlassungen der Interessenvertretungen sowie deren Umsetzbarkeit aus Sicht der Landesregierung. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 5 b) verwiesen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass das tatsächliche Ergebnis des Beteiligungsprozesses gemessen am Sinn und Zweck der Kinder- und Jugendbeteiligung nachrangig ist. Entscheidend ist vielmehr, dass eine Beteiligung erfolgt, entsprechend geäußerte Sichtweisen in den Meinungsbildungsprozess einbezogen und die Ergebnisse des Abwägungsprozesses, ob und inwieweit die verlautbarten Belange Berücksichtigung finden konnten, transparent dargestellt werden.

Mit Blick auf die tatsächliche Bedeutung von Planungen und Vorhaben für die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind seit dem 2. April 2024 exemplarisch folgende wesentliche konsultative Beteiligungsprozesse zu nennen:

- die Beteiligung des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LJR) bei der Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land Mecklenburg-Vorpommern,
- die Mitwirkung des Landesschülerrates (LSR) sowie der Jugendorganisation des LSVD Queer Mecklenburg-Vorpommern e. V. am Prozess zur Fortschreibung des „Landesaktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ (LAP Vielfalt),
- die Einbeziehung des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) im Rahmen der Ressortanhörung zum für den Jugendmedienschutz relevanten 6. Änderungsvertrag zum Medienstaatsvertrag,
- die Information des LJHA über die auch für junge Menschen relevante „Fachkräftestrategie M-V“,
- die Einbindung des LJHA sowie des LJR, mithin mittelbar der Landesjugendverbände, in den aktuellen Gesetzgebungsprozess zum Kinderschutzstrukturgesetz (KiSchStrG M-V) gemäß § 4 Absatz 6 Satz 2 GGO II.
- Der Landesschülerrat wird im Rahmen der Verbandsanhörung bei allen Gesetzesänderungen und -vorschlägen beteiligt, die die schulischen Interessen der Schülerinnen und Schüler berühren, zuletzt bei der Entstehung der aktuellen Novellierung des Schulgesetzes.

Zu b)

Maßnahmen zur inhaltlichen und haushaltstechnischen Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen des § 4 Absatz 2 KiJuBG M-V befinden sich zurzeit noch im Abstimmungsprozess und sind maßgeblich abhängig vom Haushaltsaufstellungsverfahren für den Doppelhaushalt 2026/2027. Die Meinungsbildung der Landesregierung hierzu ist noch nicht abgeschlossen.

7. Welchen Stand und welche Perspektiven hat die in § 6 KiJuBG M-V geförderte Errichtung sowie der Betrieb von Ombudsstellen im Sinne von § 9a des Achten Buches Sozialgesetzbuch?

Der Auf- und Ausbau ombudtschaftlicher Strukturen richtet sich gemäß § 9a des Achten Buches Sozialgesetzbuch nach dem Bedarf von jungen Menschen und ihren Familien. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht abgeschätzt werden, wie sich dieser Bedarf in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln wird. Zunächst hat die Ombudsstelle gemäß § 6 KiJuBG M-V in Trägerschaft des Vereins „Ombudschaft für Kinder, junge Menschen und Familien in MV e. V.“ mit Sitz in Neubrandenburg (ombudschaft-mv.de) am 20. November 2024 ihre Arbeit aufgenommen.

8. Wie schlägt sich das KiJuBG M-V im Haushalt nieder?
- a) Welche Haushaltspositionen und welche Haushaltsansätze nutzte die Landesregierung zur Umsetzung des KiJuBG M-V im Doppelhaushalt 2024/2025?
 - b) Welche Mittel werden davon bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres verausgabt?
 - c) Welche Änderungen in den Haushaltspositionen und -ansätzen plant die Landesregierung mit Bezug zum KiJuBG M-V in ihrem Entwurf zum Doppelhaushalt 2026/2027?

Zu 8, a) und b)

Haushaltsansätze im Zusammenhang mit dem KiJuBG M-V sind im Kapitel 1025 (Jugendpolitik) des Haushaltsplans in den Titeln 684.15 (Ombudschäftliche Beratung nach § 9a SGB VIII) sowie 684.61 (Jugendarbeit freier Träger nach dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz – KJfG M-V) und 684.62 (Kinder- und Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern) der Maßnahmegruppe (MG) 61 abgebildet.

Kapitel 1025 Titel 684.15 weist einen Haushaltsansatz in Höhe von 286 500 Euro pro Jahr auf. Entsprechend der aktuellen Antragslage werden diese im Jahr 2025 voraussichtlich vollständig verausgabt werden.

Kapitel 1025 MG 61 Titel 684.62 weist einen Haushaltsansatz in Höhe von 221 100 Euro pro Jahr auf und wird durch Haushaltsmittel in Höhe von rund 300 000 Euro aus dem Kapitel 1025 MG 61 Titel 684.61 ergänzt. Entsprechend der aktuellen Antragslage werden im Jahr 2025 voraussichtlich rund 443 300 Euro im Rahmen von Projektförderungen, insbesondere für das Projekt „Beteiligungsnetzwerk M-V“, verausgabt werden.

Zu c)

Bedarfe im Zusammenhang mit dem KiJuBG M-V sind Gegenstand der aktuellen Haushaltsaufstellung 2026/2027 und der damit verbundenen Verhandlungen.

9. Die ursprünglich vorgesehene Evaluation, wie sie noch in der Entwurfsfassung des Gesetzes vom 12. Juli 2023 für die Verbandsanhörung in § 7 dokumentiert ist und in der Kommentierung durch die Enquete-Kommission begrüßt wurde, fehlte bereits im parlamentarischen Verfahren und findet sich auch nicht mehr im verabschiedeten Wortlaut.

Wie soll das KiJuBG M-V evaluiert werden?

- a) Wie wird das KiJuBG M-V innerhalb der Landesregierung evaluiert?
- b) Wie wird das KiJuBG M-V zwischen den Kommunen, den Verbänden der Jugendhilfe sowie Jugendarbeit und der Landesregierung evaluiert?
- c) Wie wird das KiJuBG M-V unter der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen evaluiert?

Die Fragen 9, a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet.

Ausweislich des Gesetzeswortlautes in der Fassung seiner Veröffentlichung (vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt Mecklenburg-Vorpommern, Nummer 7 vom 28. März 2024, Seite 93 ff.) hat sich der Gesetzgeber im parlamentarischen Verfahren gegen die Aufnahme einer entsprechenden Regelung zur Evaluierung entschieden.

Die Umsetzung des KiJuBG M-V wird seitens der Landesregierung dennoch insbesondere gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten, Fachkräften des Projektes „Beteiligungsnetzwerk M-V“ und des Fortbildungsinstitutes „Schabernack e. V.“ als Träger des Projektes „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ sowie in diesem Zusammenhang unmittelbar unter Beteiligung junger Menschen selbst fortlaufend beobachtet und begleitet.

Etwaige Bedarfe zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Erfordernisse werden daher durch die Landesregierung gemeinsam mit wesentlichen Akteuren im Land unmittelbar festgestellt.

10. Inwiefern sieht das Land selbst Änderungsbedarfe am KiJuBG M-V?
Inwieweit plant das Land, Kommunen, Betroffene und Jugendhilfe sowie Jugendarbeit gegebenenfalls in Überarbeitungen des Gesetzes zu beteiligen?

Vonseiten der Landesregierung werden zurzeit keine Änderungsbedarfe in Bezug auf das KiJuBG M-V gesehen.

Im Falle einer Weiterentwicklung der gesetzlichen Inhalte werden – wie bereits bei der Erarbeitung des KiJuBG M-V in der aktuellen Fassung – alle wesentlichen Akteure im Land im Rahmen der Verfahren gemäß § 4 GGO II eingebunden.